(Der Justizauschuß über die Versicherungsordnung.) Der erste Regierungsentwurf über eine Versicherungsordnung aus dem Jahre 1907 wurde im Verlaufe der parlamentarischen Verhandlungen

vollständig umgearbeitet. Eine Gegenbewegung gegen die Vorlage im Jahre 1912 verhinderte schließlich deren Erledigung. Im Jahre 1915 hat dann die Regierung die Vorschriften über den Versicherungsvertrag im Wesen in der seinerzeit vom Justizauschuß des Abgeordnetenhauses festgestellte Fassung durch eine § 14-Verordnung in Kraft gesetzt, die zum Teil sofort Geltung erlangte, zum Teil erst am 1. Jänner 1917 in Wirksamkeit treten sollte, ein Termin, der später auf den 1. Jänner 1918 verschoben wurde. Der nun vorliegende Bericht des Justizauschusses des Abgeordnetenhauses (Berichterstatter Abg. Dr. Josef Redlich) enthält eine sehr eingehende Darstellung der parlamentarischen Behandlung der Versicherungsordnung in wiederholten Ausschusssitzungen, in denen zu den Änderungsanträgen der Versicherungsgesellschaften Stellung genommen und jede einzelne Bestimmung der Vorlage beraten wurde. Bei den Sitzungen war die Regierung durch die Sektionschefs Dr. Felix Mayer und Dr. Karl Schreyer sowie Regierungsrat Dr. Albert Ehrenzweig vertreten. Der Berichterstatter Dr. Redlich teilte in der Sitzung vom 13. d. mit, daß er das ganze Material mit den Regierungsvertretern neuerlich durchgearbeitet und in den meisten Punkten eine volle Verständigung erzielt habe. Die wichtigsten Änderungsanträge des Justizauschusses sind unter den allgemeinen Vorschriften die folgenden: Wer dem Versicherer den Antrag stellt, einen Versicherungsvertrag abzuschließen, zu verlängern oder abzuändern, bleibt an den Antrag, falls nicht eine kürzere Frist bestimmt ist, durch vierzehn Tage, wenn aber der Entscheidung über den Antrag eine ärztliche Untersuchung vorausgehen hat, durch einen Monat gebunden. Ein dem Versicherer gestellter Antrag auf Schließung eines Versicherungsvertrages ist nur verbindlich, wenn die allgemeinen Versicherungsbedingungen in dem bei der Antragstellung verwendeten Antragschein enthalten oder dem Antragsteller vor der Antragstellung übergeben worden sind. Der Antragschein und die Versicherungsurkunden müssen leicht und deutlich lesbar sein. Wird ein für bestimmte Zeit vereinbartes Versicherungsverhältnis stillschweigend verlängert, so besteht es für den Zeitraum einer Versicherungsperiode fort. Ist vereinbart worden, daß ein solches Versicherungsverhältnis als verlängert gelten soll, wenn es nicht vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt wird, so gilt die Verlängerung jedesmal höchstens für eine Versicherungsperiode. Ist ein Versicherungsverhältnis auf unbestimmte Zeit eingegangen worden (bauernde Versicherung), so kann es von beiden Teilen nur für den Schluß der laufenden Versicherungsperiode gekündigt werden. Die Kündigungsfrist muß für beide Teile gleich sein und darf nicht weniger als einen Monat, nicht mehr als drei Monate betragen. Auf dieses Kündigungsrecht kann für einen bestimmten Zeitraum mit Wirksamkeit für beide Teile einverträglich verzichtet werden. Weitere geringfügigere Änderungen betreffen die speziellen Versicherungsarten. Die Anträge des Justizauschusses schaffen dann noch besondere Uebergangsvorschriften für Bestimmungen, die am 1. Jänner 1918 und solche, die am 1. Jänner 1919 in Kraft treten sollen.